Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 89 (1992)

Heft: 7

Rubrik: Aus den Kantonen und Gemeinden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die unterstützenden Gemeinwesen im Rahmen neuer ZUG-Meldungen ab dem 1. Juli dem dann geltenden Recht zu entsprechen haben. Folglich wird bei unterstützten Ehepaaren, die zusammenleben, auf die Wohnsitzdauer desjenigen Teils abzustellen sein, der bereits länger im unterstützenden Kanton lebt. *SKöF*

AUS DEN KANTONEN UND GEMEINDEN

Der gesellschaftliche und soziale Wandel erfasst Landgemeinden

Ein Vierteljahrhundert Thurgauer Konferenz der öffentlichen Fürsorge

«Beratung und Betreuung nehmen heute in der Sozialhilfe einen ebenso wichtigen Platz ein wie die materielle Unterstützung», unterstrich Regierungsrat Dr. Philipp Stähelin anlässlich der 25. Jubiläums-Jahreskonferenz der öffentlichen Fürsorge in Arbon. Nebst den ordentlichen Konferenzgeschäften nahm Andrea Ferroni, Präsident der Schweizerischen Konferenz der öffentlichen Fürsorge, Stellung zur Frage, ob die heutigen Fürsorge-Strukturen noch genügen, um den vielfältigen Herausforderungen im Sozialwesen gerecht zu werden.

Von Werner Lenzin

Gemeindeammann Dr. Christoph Tobler stellte in seiner Begrüssung fest, dass auch er vermehrt konfrontiert werde mit den steigenden Fürsorgekosten, insbesondere im Zusammenhang mit Drogenfällen. Für Tobler, der Jugendberatungsstätten, Familienberatungsstellen, umfassende Analysen der freiwilligen Sozialhilfe, die Förderung von Alters- und Behinderten-Wohngemeinschaften und die sachgerechte Besetzung der sozialen Dienste als wichtige Schritte in seiner Gemeinde nannte, ist die Schaffung neuer Strukturen im Sozialwesen eine dringende Notwendigkeit.

Mit Blick auf das Jubiläum der Konferenz gestaltete Präsidentin Annelies Zingg ihren ersten Jahresbericht zu einem eigentlichen Abriss über die an die Fürsorge gestellten Aufgaben. Sie leitete ihre Ausführungen mit der Feststellung ein, dass durch die flaue Wirtschaftslage, die hohen Zinsen und die zahlreichen Scheidungen die Arbeitsflut auf den Fürsorgeämtern stark angestiegen sei. Etliche Behörden zeigten sich erschrocken von den drastisch ansteigenden Zahlen, doch trotzdem dürfe nicht ausser acht gelassen werden, dass sich hinter diesen Zahlen bei den Betroffenen manches Leid verberge, und bei den Sozialdiensten deshalb viel geleistet werden müsse. Letztere seien jedoch zunehmend am Anschlag mit all den gestellten Aufgaben, meinte Zingg und rief die anwesenden Präsidentinnen und Präsidenten auf, Arbeitsbelastung und Entlöhnung der Fürsorgerinnen und Fürsorger zu überprüfen.

Im Zusammenhang mit dem Asylwesen stellte Zingg fest, dass das vergangene Jahr geprägt gewesen sei von einem starken Zustrom von Asylsuchenden.

Momentan erlebe das Asylwesen zwar eine gewisse Beruhigung, doch sei ungewiss, ob man eine Ruhe vor dem Sturm erlebe. Der Wohnraum dürfe längerfristig nicht mehr mit Asylbewerbern belegt werden, vielmehr sollten diese Leute in Gemeinschaftszentren untergebracht werden. Ferner wäre es laut Meinung der Präsidentin ratsam, anstelle von Geld die Asylbewerber zu bilden und sie zum Aufbau ihrer Herkunftsländer zu motivieren.

Veränderte Bevölkerungsschicht

In den vergangenen zehn Jahren hat die Bevölkerungszahl in städtischen Agglomerationen um 3,3 Prozent und in ländlichen Gebieten um 11,8 Prozent zugenommen. Dies bedeutet gemäss Zingg, dass schlagartig auch diejenigen Landgemeinden, die früher keinen Zuzug zu verzeichnen hatten, sich einer veränderten Bevölkerungsschicht gegenüber sähen: Geschiedene, Alleinerziehende und Konkubinatspaare, welche sich zu einem Teil in Altliegenschaften einmieteten. Dadurch sind die betroffenen Landgemeinden sozialen Problemen gegenübergestellt, welche sie bis vor kurzen nicht kannten: Inkasso, Bevorschussung, allgemeine Unterstützung und das Bedürfnis nach Kinderbetreuung und Teilzeitstellen.

Als weiteren Problemkreis nannte Zingg die Arbeitslosigkeit von Frauen, welche sich bei Eintritt der Arbeitslosigkeit öfters nicht getrauten, auf dem Arbeitsamt ihre Forderungen zu stellen oder teilweise gar nicht versichert sind. Sie nannte es beschämend, dass Frauen, deren Lohnniveau heute immer noch durchschnittlich tiefer sei als dasjenige der Männer und die den ganzen Monat hindurch arbeiten, letztlich noch die öffentliche Fürsorge um Unterstützung bitten müssten.

Arbeitslosenfürsorge im Thurgau

Ende März zählte man im Thurgau gemäss den Angaben der Präsidentin 1143 Ganzarbeitslose. Der Ausländeranteil liegt bei 47 Prozent, und zu dieser Zahl müssten noch viele ausgesteuerte Arbeitslose hinzugezählt werden. Seit dem 1. April existiert im Thurgau eine Arbeitslosenfürsorge. Verschiedene Fürsorgeämter sind zum jetzigen Zeitpunkt stark mit der Bevorschussung von Arbeitslosengeldern belastet, was die Klientenzahlen und den damit verbundenen finanziellen Aufwand stark ansteigen lässt. Abschliessend streifte Zingg auch das Drogenproblem, dies mit der Feststellung, dass es traurig sei, dass man im Zusammenhang mit der Schliessung des Platzspitzes zahlreiche Süchtige hin und her schiebe, während die Asylbewerber untergebracht werden müssten. Die Zunahmen für Fürsorgeaufwendungen belaufen sich je nach Gemeinde zwischen 10 und 50 Prozent.

Ein Jubiläums-Rückblick rief in Erinnerung, dass die Gründung der Konferenz der öffentlichen Fürsorge am 7. Oktober 1967 als Folge der Auflösung der Armenpflege im Thurgau erfolgt ist. Während diesem Vierteljahrhundert wirk-

ten Alfred Forster, Bommen; Rolf Bölsterli, Basadingen; und Alfred Küpfer, Sirnach; als umsichtige Präsidenten, bevor Annelies Zingg 1991 als erste Frau das Präsidium übernahm.

Regierungsrat Dr. Philipp Stähelin bezeichnete in seinem Grusswort die Fürsorge und Sozialhilfe als eine gemeinsame Aufgabe von Gemeinden und Kanton. Er sicherte der Idee, regionale Zweckverbände zu gründen, die Unterstützung des Kantons zu. Trotz dieser geplanten Neuerung müsse – so Stähelin – die Fürsorge auch zukünftig von ihrem Ansatz her Aufgabe der einzelnen Gemeinden bleiben. Die beschlossene Drogenhilfe bezeichnete Stähelin als Modell für die gesamte Sozialhilfe im Kanton Thurgau. Wie Stähelin hervorhob, setze die momentan schwierige Finanzlage des Kantons auch Grenzen im Sozialbereich. Trotz einschneidenden Massnahmen sei man aber bemüht, dass von dieser Massnahme nicht die sozial Schwächeren betroffen würden.

Reformen sind unumgänglich

Andrea Ferroni unterstrich, dass die Erfahrungen im Sozialwesen in jüngster Zeit gezeigt hätten, dass die bisherigen Strukturen für die Erfüllung der verschiedenen Aufgaben nicht mehr genügten. Insbesondere kleinere Gemeinden fühlten sich überfordert, dies vorallem im Zusammenhang mit problematischen Klienten-Gruppen wie beispielsweise Dorgenabhängige. Ferroni forderte Reformen und nannte als Ziel der öffentlichen Fürsorge, Menschen durch materielle und finanzielle Hilfe, aber auch durch Beratung und Unterstützung, wieder zur Selbständigkeit hinzuführen. Als Kriterien für die Überprüfung der bestehenden Strukturen seien eine gute Zugänglichkeit für die Ratsuchenden und eine kompetente Beratung.

VERANSTALTUNGEN

Pro Senectute – 75 Jahre für das Alter

Neun Modelle der Altersarbeit werden im Jubiläumsjahr vorgestellt

Pro Senectute, das grösste private, nationale Werk der Altersarbeit, wird im Herbst 75jährig. Im Jubiläumsjahr werden unter dem Titel «Vision 92» neun zukunftsorientierte Modelle der Altersarbeit vorgestellt.

Eine Schar entschlossener Männer setzte sich 1917 zum Ziel, die grosse materielle Not der «Insassen» damaliger Altersasyle zu lindern und gründete die Schweizerische Stiftung Für das Alter/Pro Senectute. Mit der zunehmenden Verbesserung der sozialen Sicherheit (AHV, Ergänzungsleitungen) konnte sich Pro Senectute neben der finanziellen Unterstützung vermehrt anderen Aufgaben zuwenden.

Gegründet als reines Fürsorgewerk entwickelte sich Pro Senectute zur modernen Fach- und Dienstleistungsinstitution. Heute leistet sie einen wichtigen